

Der Ausschussvorsitzende begrüßte zunächst Herrn Dr. Waßmuth vom Büro PTV als Vortragenden.

Einleitend erinnerte Herr Gless an die Beschlussfassungen durch den damaligen Planungs- und Verkehrsausschuss vom 11.02.2003 und durch den Stadtrat vom 19.02.2003 über die seinerzeitig sogenannte „Südtangente“. Zwischenzeitlich liege hierzu eine überarbeitete Verkehrswirtschaftliche Untersuchung zur Mobilitätsentwicklung in Bonn und dem südlichen Rhein-Sieg-Kreis im Grenzbereich zwischen Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz vor. Hierbei handele es sich um die Untersuchung einer Trassierung in jenem Bereich, in welchem früher die Südtangente zur Disposition gestanden habe.

Im Folgenden stellte Herr Dr. Waßmuth die Ergebnisse der Untersuchung mittels eines Powerpoint-Vortrages vor. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage beigefügt. Dabei erläuterte er die verschiedenen Verfahrensstufen der Untersuchung sowie deren jeweilige Ergebnisse und Analysen. Daraus ergäben sich mögliche Maßnahmen, welche er in der Folge einzeln, aber auch in Kombination untereinander, vorstellte.

Herr Puffe von der CDU-Fraktion bedankte sich zunächst bei Herrn Dr. Waßmuth für die Ausführungen. Er sehe die Wichtigkeit dieser Studie für die Stadt Sankt Augustin und kündigte an, dass sich seine Fraktion in den nächsten Wochen und Monaten sehr intensiv mit diesem Thema beschäftigen werde, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Verkehrsproblematik innerhalb des Stadtgebietes.

Herr Seifen von der SPD-Fraktion bedankte sich zunächst ebenfalls für den Vortrag. Er schließe sich den Ausführungen von Herrn Puffe in großen Teilen an und betonte, dass sich auch seine Fraktion zunächst intensiver mit der Untersuchung beschäftigen wolle. Er fragte an, welche Zahlen als Grundlage verwandt wurden. Weiterhin interessiere ihn, inwieweit bei der Ermittlung des Verkehrsaufkommens im Bereich Birlinghoven der Verkehr inner- oder außerhalb dieses Ortsteils herangezogen wurde, insbesondere in Bezug auf die Festlegung, wo hier ein möglicher Autobahnanschluss entstehen solle.

Herr Züll von der FDP-Fraktion wies auf die bereits bestehende Langfristigkeit der Problematik hin und auf die in der Vergangenheit mehrfach vorgelegten Entwürfe möglicher Trassenführungen. Bezüglich der in dem Vortrag vorgestellten Maßnahme MK3 fragte er nach, ob hierbei kein zusätzlicher Verkehr herangezogen würde. Des Weiteren fragte er an, ob die Möglichkeit der zusätzlichen Heranziehung von Verkehr auch bei der vorgestellten Möglichkeit MK2 zuträfe.

Herr Dr. Waßmuth führte in Bezug auf die Datengrundlagen aus, dass hier bzgl. der Modellgrundlagen für die Prognose 2025 insbesondere Annahmen des Bundes aus der Bundesverkehrswegeplanung, die Dynamik aus der Bevölkerungsentwicklung und der Verkehrsverhaltensänderung sowie zu erwartende Veränderungen aus bereits konkret geplanten Maßnahmen herangezogen wurden. Hierzu gehören ebenfalls Erhebungen des Ist-Zustandes durch Zählungen im Straßen- und Verkehrsbereich. Als Planungsgrundlage habe der Landesbetrieb Straßenbau NRW die Berechnung der möglichen Kosten der Maßnahmen sowie den Trassenverlauf zur Verfügung gestellt. In Bezug auf einen möglichen Autobahnanschluss in Birlinghoven verwies er auf die Darstellungen in der Präsentation. Hinsichtlich des zusätzlichen Verkehrs führte er aus, dass dieser bei der betreffenden Maßnahme nur geringfügig zunehmen

werde. Es handele sich hierbei lediglich um lokale Verkehre, welche auch heute schon in der Region bestünden. Er wies noch einmal darauf hin, dass die Untersuchung nicht zur Vorgabe hatte, bereits bekannte Lösungsansätze zu bestätigen, sondern Problempunkte zu untersuchen und hierfür Lösungen zu finden.

Herr Köhler von der Fraktion AUFBRUCH! bedankte sich zunächst bei Herrn Dr. Waßmuth für die Darstellung der Untersuchung. Seine Fraktion sei längst über den Punkt hinaus, dass man durch neue Verkehrswege die Lösung von Verkehrsproblemen der heutigen Zeit erwarte. Vermisst habe er in dem Vortrag Wirkungen und Maßnahmen für den ÖPNV. Auch seine Fraktion müsse die Studie zunächst gewissenhaft durcharbeiten. Er sehe jedoch schon heute einen Autobahnanschluss in Birlinghoven als positiv an. Er fragte an, wie der Nutzen einer Maßnahme in EURO errechnet würde.

Die Frage nach den Auswirkungen auf den ÖPNV beantwortete Herr Dr. Waßmuth dahingehend, dass diese nicht wirklich relevant und somit im Rahmen einer solchen Untersuchung schlecht darstellbar seien, da Busse und Bahnen unabhängig vom Verkehrsaufkommen in gleichbleibender Anzahl und Häufigkeit führen. Gleichwohl wäre die Verkehrsmittelentscheidung als Parameter berechnet worden und in die Maßnahmen eingeflossen. In Bezug auf die Nutzen-Kosten-Analyse verwies er auf die Möglichkeit der volkswirtschaftlichen Berechnung und Darstellung des entstehenden Reisezeitgewinns durch die vorgestellten Maßnahmen. Würde man jede Stunde dieses Reisezeitgewinns mit einem Geldwert versehen, welche der Produktivität einer Person entspräche, so würde sich aus der eingesparten Zeit ein Nutzenbeitrag ergeben. Gleichfalls könne man beispielsweise auch einen Nutzen aus dem eingesparten CO<sub>2</sub>-Ausstoß ermitteln.

Herr Montexier fragte nach, ob die im Rahmen der Maßnahmenkombination „Starker ÖV“ vorgestellte Maßnahme „Generelle Fahrzeitreduktion des gesamten ÖV-Netz auf allen Relationen um 20%“ zum Ziel habe, die öffentlichen Verkehrsmittel zu reduzieren, um so mehr Platz auf den Straßen zu schaffen. Sollte diese Frage mit „ja“ beantwortet werden, so sehe er hierin einen Widerspruch.

Herr Dr. Wißmuth bejahte dies zunächst. Daraus ergebe sich jedoch kein Widerspruch. Eine Fahrzeitverkürzung bedeute, dass zum Beispiel die Busse dann 20% schneller führen.

Der Ausschussvorsitzende dankte Herrn Dr. Waßmuth für den Vortrag und die Beantwortung der Fragen. Er wies auf den eindeutigen Beschluss des Rates aus dem Jahr 2003 hin.

Herr Metz von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN merkte an, dass die Untersuchung bereits in einer gemeinsamen Ausschusssitzung der Planungsausschüsse des Rhein-Sieg-Kreises und der Stadt Bonn vorgestellt und dort auch erörtert wurde. Inwieweit zum Beispiel ein Schwerpunkt darauf liegen müsse, den Verkehr im Siebengebirge zu entlasten, obgleich dieser nicht tatsächlich überlastet sei, sondern die Anwohner dort den Verkehr als ziemlich störend empfänden und inwieweit hier dann ein Ausgleich über Birlinghoven zwingend erfolgen müsse, auch vor dem Hintergrund einer Kosten-/Nutzenanalyse, sei noch zu diskutieren. Hierzu habe sich die Stadt Sankt Augustin jedenfalls bereits in 2003 klar positioniert. Auch wäre die Zerschneidungswirkung in der Umwelt noch näher zu beleuchten. Beim Rhein-Sieg-Kreis habe man sich geeinigt, die Studie abseits ideologischer Überzeugungen als einen Bestandteil der weitergehenden Beratungen einzubeziehen. Vielmehr sei nun geboten, einen Konsens zu finden.